

ödp

Fair handeln

**ÖDP
wählen**

**Landespolitisches
Programm**

www.oedp-bw.de

**Ökologisch-Demokratische Partei
Familie und Umwelt**

ÖDP-Kreisverbände Baden-Württemberg

Baden-Baden	www.oedp-baden-baden.de	Rems-Murr	www.oedp-rems-murr.de
Biberach	www.oedp-biberach.de	Reutlingen	www.oedp-reutlingen.de
Böblingen	www.oedp-boeblingen.de	Rhein-Neckar	www.oedp-rhein-neckar.de
Bodensee	www.oedp-fn.de	Rottweil	www.oedp-rottweil.de
Calw	www.oedp-calw.de	Schwäbisch Hall	www.oedp-schwaebisch-hall.de
Emmendingen	www.oedp-emmendingen.de	Schwarzwald-Baar	www.oedp-schwarzwald-baar.de
Esslingen	www.oedp-esslingen.de	Sigmaringen	www.oedp-sigmaringen.de
Freiburg	www.oedp-freiburg.de	Stuttgart	www.oedp-stuttgart.de
Freudenstadt	www.oedp-freudenstadt.de	Tübingen	www.oedp-tuebingen.de
Göppingen	www.oedp-goepingen.de	Tuttlingen	www.oedp-tuttlingen.de
Heidelberg	www.oedp-heidelberg.de	Ulm	www.oedp-ulm.de
Heidenheim	www.oedp-heidenheim.de	Waldshut	www.oedp-waldshut.de
Heilbronn	www.oedp-heilbronn.de	Württembergisch-Allgäu	www.oedp-wuertt-allgaeu.de
Hohenlohe	www.oedp-hohenlohe.de	Zollernalb	www.oedp-zollernalb.de
Karlsruhe	www.oedp-karlsruhe.de		
Konstanz	www.oedp-konstanz.de		
Lörrach	www.oedp-loerrach.de		
Ludwigsburg	www.oedp-ludwigsburg.de		
Main-Tauber	www.oedp-main-tauber.de		
Mannheim	www.oedp-mannheim.de		
Neckar-Odenwald	www.oedp-neckar-odenwald.de		
Ortenau	www.oedp-ortenau.de		
Ostalb	www.oedp-ostalb.de		
Pforzheim	www.oedp-pforzheim.de		
Rastatt	www.oedp-rastatt.de		
Ravensburg	www.oedp-ravensburg.de		

Weitere Informationen zu Ihrem Kreisverband sowie einen Ansprechpartner finden Sie auf der jeweiligen Startseite des Kreisverbandes im Internet.

Inhalt



Worum es uns geht	3
Demokratie	4
Ökologie und Umweltschutz	5
Gleichberechtigungspolitik	6
Familienpolitik	8
Schulpolitik	10
Hochschulpolitik und Forschung	12
Medienpolitik	13
Finanzpolitik	14
Privatisierung	15
Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik	16
Siedlungs- und Verkehrspolitik	17
Energiepolitik	20
Landwirtschaft	21
Natur- und Landschaftsschutz	22
Tierschutz	23
Innere Sicherheit und Justiz	24
Jugend	25
Senioren	26
Menschen mit Behinderung	27
Integration	28
Zuwanderung	29
Politischer Extremismus	30
Mobilfunk	31
Epilog	32

Liebe Wählerinnen und Wähler,



Bernd Richter

auf allen ÖDP-Plakaten finden Sie das Wort „fair“. Wir streben das in allen Lebensbereichen an, sei es in der Wirtschaft und im Handel im eigenen Land, aber auch weltweit, um Fluchtursachen abzubauen. Wir Industrienationen tragen zur Zerstörung von Agrarmärkten in Afrika oder anderswo und damit zur Verarmung der ländlichen Bevölkerung bei. Die grüne Gentechnik beschleunigt diese Entwicklung zusätzlich. Insgesamt lehnen wir daher Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und TISA absolut ab und fordern einen Stopp der Verhandlungen.

Ein „fares“ Zusammenleben gibt es nur, wenn die Wohlhabenden durch einen höheren Steuersatz mehr Verantwortung übernehmen für die weniger Verdienenden. „Fair“ muss auch die Förderung von Eltern sein, die ihre Kinder in den ersten Lebensjahren selbst erziehen und bei den Kommunen keine Kosten verursachen, dabei aber auf ein halbes oder ganzes Einkommen verzichten und zusätzlich zum eigenen Verdienstaufschlag im Alter mit einer niedrigeren Rente aus dem Berufsleben aussteigen.

Eine „faire“ Gesellschaft umfasst auch das Lebensrecht für Ungeborene, für Kranke und Alte. Sie tritt für ein ganzheitliches Bildungswesen mit wohnortnahen Schulen und kleinen Klassen ein, um auch die Schwächeren zu fördern; sie ist auch zu Tieren fair und lehnt Tierversuche und Massentierhaltung ab.

Die ÖDP nimmt im Gegensatz zu allen etablierten Parteien keine Konzern- und Betriebsspenden an und fordert diese Unabhängigkeit für alle Parteien, denn das in unserem Land ausgeprägte Lobbyistentum zerstört in den Parlamenten eine unabhängige Politik zum Wohle des Volkes und macht Politik zum Spielball der Konzerne, indem diese sich politische Entscheidungen „kaufen“.

ÖDP-Mitglieder sitzen in zahlreichen Ortschaftsräten, in Gemeinde- und Stadträten, in Kreistagen

und in der Regionalversammlung der Region Stuttgart. Durch Ihre Wahlentscheidung für die ÖDP stärken Sie auch deren Position und machen ihnen Mut für ihre weitere Arbeit.

Liebe Wählerinnen und Wähler, wenn Sie diese und viele andere ökodemokratischen Ideen in der Politik verwirklicht haben wollen, sollten Sie uns, also die ÖDP, ankreuzen. Wählen Sie nicht zur Beruhigung Ihres Gewissens ein kleineres Übel, wählen Sie auch kein großes Übel, wählen Sie bitte nur nach Ihrer Überzeugung die Partei, von deren Programm Sie überzeugt sind. Stärken Sie uns, damit wir eine gute, ausgewogene und zukunftsfähige Politik gestalten können, die auch unseren Kindern und Enkelkindern Raum zu einem guten Leben lässt.

Sie haben nur eine Stimme. Vergeuden Sie diese bitte nicht.

Bernd Richter

(Bernd Richter, Landesvorsitzender)

Worum es uns geht

Immer mehr Menschen fühlen sich von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten und kehren aus oft verständlichen Gründen der Politik den Rücken. Inzwischen geben bei manchen Wahlen bereits weniger als die Hälfte aller Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Dies ist für eine Demokratie ein bedenklicher Zustand.

Die ÖDP tritt dieser Politikverdrossenheit mit ihrem zukunftsweisenden und am Menschen orientierten Programm entgegen. In Baden-Württemberg tragen wir mit zahlreichen kommunalen Mandaten politische Verantwortung mit. Unser zentrales politisches Ziel ist es, die Bewahrung der Lebensgrundlagen in der Natur und der Gesellschaft voranzubringen. Wir verstehen uns als die ökologische Alternative. Der Schutz des menschlichen Lebens von der Zeugung bis zum natürlichen Tod, die Achtung von Menschenrechten und Menschenwürde und eine Politik, die auf christlichen Werten aufbaut, sind für uns unverzichtbar. Dazu gehört der verantwortungsbewusste Umgang mit Wasser, Boden, Luft, Energie, Rohstoffen, aber auch der Umgang mit den Finanzen. Das soziale Miteinander in Verbindung mit einer gerechten Generationenpolitik muss gestärkt werden. Sinnvolle Arbeitsplätze für alle müssen und können geschaffen werden. Lebens- und Wirtschaftsweisen müssen sich am Prinzip der Nachhaltigkeit orientieren. Das unreflektierte Wachstumsdenken muss hier grundsätzlich hinterfragt werden.

Wie Sie diese Ziele in Baden-Württemberg mit uns erreichen können, erfahren Sie in knapper Form im vorliegenden Programm. Wir haben uns darin auf landespolitische Kernthemen konzentriert.¹ Dennoch werden immer wieder auch bundespolitische Themen angeführt. Eine Landesregierung hat über Bundesratsinitiativen und die Mitarbeit in Bundesrat und Bundestag durchaus die Möglichkeit, auch bundespolitische Themen mit zu beeinflussen.



¹ Unser Bundespolitisches Programm sowie einzelne Faltblätter informieren Sie umfassender über unsere Konzepte zu Themen wie Erziehungsgehalt, Gesundheit, Landwirtschaft, biologische Vielfalt, Stopp TIPP, Elektrosmog, Alter und Pflege.

Demokratie

Wider die Politikverdrossenheit



Zahlreiche Finanz- und Spendenaffären bestätigen unsere Forderung nach einem Verbot von Parteispenden durch Firmen, Konzerne und Wirtschaftsverbände. Ursprünglich wurde den Parteien im Grundgesetz ein „Mitwirkungsrecht an der politischen Willensbildung des Volkes“ zuerkannt. Heute versuchen Interessenvertreter der Wirtschaft große Teile des öffentlichen Lebens unter ihre Kontrolle zu bringen. So werden immer mehr Gesetze und Verordnungen in Lobbyistenkreisen vorformuliert; die Gesetzgebung wird dadurch von den gewählten Gremien in die Wirtschaft verlagert. Parteien müssen sich in diesem Zusammenhang ihre finanzielle Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit zurückholen.

Viele Bürgerinnen und Bürger sehen ihre Interessen nicht mehr vertreten. Es wachsen Unverständnis, Verdruss und ein Gefühl der Ohnmacht. Dies schlägt sich in schwachen Wahlbeteiligungen oder Proteststimmen für extreme Parteien nieder. Bürgerschaftlicher Protest nimmt zu. Die Demokratie als zentraler Wert unserer Gesellschaft muss aber unbedingt bewahrt werden. Dazu bedarf es möglichst vieler engagierter und verantwortungsbewusster Bürgerinnen und Bürger und stärkerer Elemente der direkten Demokratie.

Die ÖDP fordert:

- Spenden von Firmen und Großorganisationen an politische Parteien und Wählervereinigungen sind zu verbieten, um die Käuflichkeit von Parteien zu verhindern.
- Das Sponsoring von Parteitag soll verboten werden.
- Ausschusssitzungen müssen zum Großteil öffentlich abgehalten werden.
- Die Einführung von benutzerfreundlichen Informationsportalen im Internet auf den Ebenen des Landes, der Präsiden, der Landkreise und der Gemeinden, damit sich die Bürgerinnen und Bürger über Gesetze, Verordnungen und Vorschriften informieren können.
- Die Einrichtung einer Meldestelle für Verdachtsfälle auf Sozialbetrug und Korruption.
- Die Einführung einer Karenzzeit von zwei Jahren für ehemalige Amtsträger, wenn die geplante Erwerbstätigkeit im Bereich der ehemaligen Zuständigkeit liegt. Damit soll die Möglichkeit einer persönlichen Vorteilsnahme verhindert werden.

- Ein Informationsfreiheitsgesetz (IFG), mit dem jeder das Recht auf Akteneinsicht oder einen Auskunftsanspruch gegenüber Ämtern, Behörden und Verwaltungen hat.
- Keine Aufsichtsratsmandate, Vorstandstätigkeiten oder Beraterverträge in Wirtschaftsunternehmen für Regierungsmitglieder.
- Kein Landtagsabgeordneter darf in mehr als einem Aufsichtsgremium von Unternehmen mit Landesbeteiligung vertreten sein.
- Ein Landtagsabgeordneter darf nicht in Aufsichtsgremien von privaten Wirtschaftsunternehmen vertreten sein.
- Die Koppelung der Erhöhung der Diäten von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern an die tarifliche Erhöhung im Öffentlichen Dienst.

- Volksbegehren auf Landesebene sind durch die deutliche Herabsetzung der geforderten Mindestzahl der Unterstützungsunterschriften zu erleichtern. Beim Volksentscheid soll die einfache Mehrheit gelten. Abstimmungshürden müssen beseitigt werden.
- Bürgerbegehren und Bürgerentscheide müssen entsprechend erleichtert und auf Kreis- und Ortschaftsebene neu eingeführt werden.
- Einbindung der Bürgerschaft über die Lokale Agenda 21 in kommunale Entscheidungen.
- Die Beschränkung von Volks- und Bürgerbegehren auf einige wenige Politikfelder muss aufgehoben werden.
- Landrätinnen und Landräte müssen direkt von der Bevölkerung gewählt werden.
- Die Abwahlmöglichkeit von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern durch einen Bürgerentscheid.
- Der/die Landesdatenschutzbeauftragte ist nicht mehr dem Innenministerium, sondern direkt dem Landtag zuzuordnen. Dieser wählt sie/ihn mit 2/3-Mehrheit.
- Wahlen und Abstimmungen dürfen nicht elektronisch durchgeführt werden.

Wer ÖDP wählt, setzt sich für die Entflechtung von Politik und Wirtschaft ein und erleichtert die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen!

Ökologie und Umweltschutz

Zukünftigen Generationen verantwortlich

Die Politik der ÖDP orientiert sich in allen Bereichen am Grundsatz der Nachhaltigkeit.

Umweltpolitik muss darauf ausgerichtet sein, die natürlichen Lebensgrundlagen Luft, Wasser und Boden möglichst unbelastet zu erhalten und damit einen wirkungsvollen Beitrag zur Lösung globaler Probleme wie die Erderwärmung durch den Treibhauseffekt oder die Zerstörung der Ozonschicht zu leisten. Die weitere Zersiedelung der Landschaft und die damit unvermeidliche Verminderung der biologischen Artenvielfalt müssen weitestgehend verhindert werden. Trotz beschlossenen Atomausstieg bilden die noch laufenden Atomkraftwerke ein kontinuierliches Risiko. Sie müssen deshalb schnellstmöglich stillgelegt werden. Die weitere Erzeugung von Atommüll ist unverantwortlich.

Eine zentrale Strategie der Umweltpolitik muss die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch sein.

Unsere Zivilisation belastet die Umwelt in erheblichem Maße. Es muss uns allen bewusst werden, dass ein verschwenderischer Lebensstil auf Kosten nicht nur der nachfolgenden Generationen, sondern auch aller Mitmenschen geht. Gefordert sind wir hier insbesondere auch als Konsumenten.

Die ÖDP fordert:

- Die Entwicklung und Verbreitung von energie- und ressourcensparenden Produktionstechniken müssen mit Hilfe landesweiter Förderprogramme unterstützt werden.
- Forschungs- und Ausbildungszentren zum sicheren Rückbau von Atomkraftwerken müssen geschaffen werden.
- Der Atommüll und seine Behälter müssen über Jahrtausende hinweg regelmäßig überprüfbar sein.
- Die Versicherung von Atomkraftwerken muss auch die möglichen Folgen eines Super-GAU umfassen.
- Die Herstellung von langlebigen und reparaturfreundlichen Produkten ist im Sinne von Nachhaltigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern.
- Förderung von Initiativen wie Repair-Cafés durch das Land.
- Durchführung von Aufklärungskampagnen zum Kauf langlebiger Produkte.

Wer ÖDP wählt, kämpft für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen hier im Land und weltweit!

Gleichberechtigungspolitik

Gleichberechtigung von Frauen und Männern

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Familie, Beruf, Gesellschaft und politischem Leben ist für uns ein wichtiges Anliegen. Artikel 3 des Grundgesetzes verpflichtet zwar zu dieser Gleichberechtigung, in der Realität ist Chancengleichheit jedoch noch lange nicht erreicht. Daher wollen wir zum einen gegen rechtliche Bestimmungen vorgehen, die ein Geschlecht benachteiligen, zum anderen die tatsächliche Umsetzung der formalen Gleichberechtigung erreichen.

Geschlechterspezifische Eigenschaften und Fähigkeiten müssen anerkannt, respektiert und auch genutzt werden. Bei gleicher Arbeit und gleicher Leistung muss auch gleich entlohnt werden. Die außerhäusliche bezahlte Erwerbsarbeit wird aus unserer Sicht seitens der Sozialpolitik und der öffentlichen Wahrnehmung überbewertet.

Die ÖDP fordert:

- Das Bewusstsein in der Öffentlichkeit muss dahingehend gestärkt werden, dass Männer und Frauen diese Gleichberechtigung verwirklichen können.
- Die Gleichberechtigung von Mann und Frau darf nicht dazu führen, dass die biologische Rolle der Frau als Mutter missachtet und durch angebliche wirtschaftliche Zwänge verdrängt wird.
- Der Grundsatz „Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit“ muss unabhängig vom Geschlecht umgesetzt werden.
- Ein steuer- und sozialversicherungspflichtiges Erziehungsgehalt soll zur Wahlfreiheit bei der Kindererziehung führen und somit die Benachteiligung der Familien bei der Kinderbetreuung beseitigen.
- Alle Bestrebungen, Kinder frühzeitig in der Schule zu einer sexuellen Vielfalt zu erziehen, werden von der ÖDP abgelehnt.

Wer ÖDP wählt, macht sich für die tatsächliche Verwirklichung dieser Gleichberechtigung stark!

Familienpolitik

Wer Zukunft will, muss in Familie investieren!

Baden-Württemberg braucht eine starke, aufmerksame und positiv motivierte junge Generation, um sich zukunftsfähig weiterentwickeln zu können. Kinder benötigen in unserer immer komplexer werdenden Gesellschaft jahrelange, verantwortungsvolle Begleitung, bis sie sich sicher zurechtfinden. Sie sollen schon früh lernen, die politischen und gesellschaftlichen Prozesse zu erkennen, die sie und ihre sich rasch verändernde Welt immer umfassender bestimmen. Dazu gehört auch das kritische Hinterfragen von aktuell existierenden Gesellschaftsmodellen.

Lernt ein Kind seine Eltern als anteilnehmend und kompetent schätzen, hat das positive Folgen für das Kind selbst, für den Familienverband und letztlich für den Zusammenhalt unter den Generationen.

Gleichwertigkeit von elterlicher Erziehungsarbeit und außerhäuslicher Erwerbsarbeit

Werden Kinder außerhalb der eigenen Familie betreut und erzogen, gilt dies als wichtige Arbeit, die selbstverständlich bezahlt wird. Die Kosten tragen zu ca. 85 % die Kommunen und das Land. Übernehmen aber Mutter oder Vater diese Arbeit, erhalten sie nach dem Auslaufen des Betreuungsgelds nichts. Wenn ein Elternteil die Kinderbetreuung übernimmt, sinkt das Familieneinkommen durch den Wegfall eines Gehalts, während gleichzeitig die Ausgaben mit jedem Kind steigen. Für die spätere Rente werden für heute geborene Kinder nur drei Jahre Betreuung als Beitragszeit angerechnet. Dies ist eine nicht hinnehmbare Unterbewertung der elterlichen Erziehungsarbeit. Unser Rentensystem kann nur dann funktionieren, wenn sowohl der finanzielle Beitrag der Erwerbstätigen als auch die Leistung der Erziehenden in den Familien angerechnet werden.

Die Gesellschaft, das heißt, jede und jeder Einzelne von uns, profitiert vielfach von einer verantwortlich wahrgenommenen Kindererziehung. Dies wird besonders wichtig in den späten Lebensjahren der Eltern (ein wenig beachteter Aspekt): Mit der frühen Ausbildung stabiler emotionaler Bindungen über ausreichende Zuwendung werden sich Kinder eher bereitfinden, die Pflege der Eltern selbst zu übernehmen. Professionellem Pflegepersonal wird schon heute nicht ausreichend Zeit dazu eingeräumt.

Oft werden die Eltern zum Sündenbock für Missstände und Fehlentwicklungen jeder Art gemacht. Dabei wird nicht gesehen, dass unsere Gesellschaft den Begriff 'Arbeit' ausschließlich für die außerhäusliche Erwerbsarbeit gelten lässt, auch im Zusammenhang mit dem allgemeinen Verständnis von Frauenemanzipation: Nur das selbst erzielte Einkommen schafft persönliche Unabhängigkeit. Den in den Familien Erziehenden wird diese Unabhängigkeit bislang vorenthalten.

Verantwortliche Kindererziehung kann nicht irgendwie und nebenbei erledigt werden. Sie braucht gute Nerven, Zeit für liebevolle Zuwendung und konsequentes gemeinsames Durchstehen von Konflikten. Sie ist eine geldwerte Dienstleistung der Eltern für die Gesellschaft. Ihre Vernachlässigung zieht hohe Folgekosten nach sich.

Die ÖDP fordert:

■ Die ihre eigenen Kinder Erziehenden dürfen weder ein 'Leistungsloses Grundeinkommen' noch ein 'Bürgergeld' noch einen 'Lohnersatz' erhalten, sondern ihnen muss ein steuer- und sozialversicherungspflichtiges Erziehungsgehalt mit Rentenanspruch zuerkannt werden.

Wer ÖDP wählt, macht sich stark für die Wertschätzung elterlicher Erziehungsarbeit!

Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit - Einrichtungen zur öffentlichen Kinderbetreuung

Eltern müssen finanziell so gestellt werden, dass sie entscheiden können, wie und durch wen ihre Kinder betreut werden. Die gängige Praxis, öffentliche Gelder ausschließlich für die Bezuschussung der Kindererziehung in Krippen, Kindergärten, Schulen und Horten einzusetzen, diskriminiert die von finanziellen Zuwendungen ganz ausgeschlossene elterliche Erziehungsarbeit. Die Erziehung der Kinder durch die leiblichen Eltern sollte diesen wie auch der Gesellschaft als besonders wertvoll gelten. Die Eltern sind die natürlichsten und wichtigsten Vorbilder, die langfristig die Kinder prägen, besonders intensiv in den ersten drei Lebensjahren. In der frühesten Kindheit birgt die Ganztagsbetreuung die Gefahr, dass aufgrund der wechselnden Bezugspersonen die Beziehungsfähigkeit nur unzureichend entwickelt werden kann.

In Baden-Württemberg wird jedoch aktuell das Angebot an öffentlichen Betreuungseinrichtungen für Kinder vom ersten Lebensjahr an ausgebaut. Ein Krippenplatz kostet die öffentliche Hand mindestens 1.000 Euro monatlich. Eltern, die keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen, entgeht diese öffentliche Zuwendung. Hauptsächlich Müttern wird so für Erziehungsarbeit ein Erwerbseinkommen vorenthalten. Die staatlichen Rahmenbedingungen hebeln die Bestimmung des Artikel 6 Grundgesetz aus, demzufolge die Erziehung der Kinder „das natürliche Recht der Eltern und die ihnen zuvörderst obliegende Pflicht“ ist.

Das Prinzip der elterlichen Entscheidungsfreiheit muss durch die Gleichbehandlung von elterlicher und öffentlicher Betreuungsleistung bei der staatlichen Förderung durchgesetzt werden. Das Instrument dazu wäre die bundesweite Einführung eines steuer- und sozialabgabenpflichtigen Erziehungsgehalts unter Wegfall des Elterngeldes.

Die ÖDP fordert:

■ Die Landesregierung muss eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines steuer- und sozialversicherungspflichtigen Erziehungsgehalts auf Bundesebene starten.

■ Für die Qualifizierung junger Menschen als zukünftige Eltern müssen die Themen Hauswirtschaft, Kinderpflege, Kindererziehung, Altenpflege und Familienrecht in die Bildungspläne der Schulen aufgenommen werden.

■ Das Angebot der 'verlässlichen Grundschule' bzw. der Kernzeitbetreuung ist zu begrüßen. Die Betreuung ist aber inhaltlich so zu gestalten, dass Kinder, die dieses Angebot nicht wahrnehmen, weil ein Elternteil in dieser Zeit die Betreuung selbst übernimmt, keine Nachteile bei der Entwicklung ihres Wissensstands haben.

■ Die Förderung von Teilzeitstellen und die Erleichterung von Elternzeit auch für Väter.

Wer ÖDP wählt, spricht sich nicht allein für Chancengleichheit und die paritätische Förderung von elterlicher und öffentlicher Kinderbetreuung aus, sondern bewahrt in einer intakten Familie ein anzustrebendes Ideal und ein wesentliches Element des Wertesystems!



Schulpolitik

Werteorientierte Bildung dient dem Einzelnen und der Gesellschaft

Bildung ist die wichtigste Zukunftsinvestition einer Gesellschaft. Dabei geht es um die Entfaltung der Persönlichkeit und die Befähigung dazu, persönliche und gesellschaftliche Herausforderungen in Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik bewältigen zu können.



Die ÖDP bekennt sich im Sinne des Artikel 12 unserer Landesverfassung zum abendländischen Wertegebäude, das sich auf der christlichen Grundlage entfaltet hat: Ehrfurcht vor dem Leben, Gerechtigkeit, gewaltfreie Konfliktbewältigung, Bewahrung der Schöpfung sowie Solidarität und Toleranz. An den Schulen sollen der demokratische Umgang miteinander eingeübt und die Bereitschaft zu sozialem, ökologischem und politischem Engagement gefördert werden. Die ÖDP unterstreicht besonders den Auftrag, unsere Lebensgrundlagen zu bewahren und neben der Sozial-, Methoden- und Medienkompetenz

verstärkt das Wissen um ökologische Zusammenhänge zu vermitteln.

Die ÖDP unterstützt die Eltern in ihren verfassungsmäßigen Rechten und Pflichten, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder in der Schule verantwortungsbewusst mitzugestalten.

Beziehungsfähigkeit ist eine Voraussetzung guter Bildung. Die altersgemäß gestalteten Beziehungen sollen zur Selbständigkeit und Selbstverantwortung führen. In den weiterführenden Schulen kann die Ganztagschule für viele Eltern ein gutes und wichtiges Angebot sein, sofern sie die pädagogischen Standards (rhythmisierter Schulalltag, Kooperation mit Vereinen, Verbänden, Musikschulen, Kirchen etc. und Unterrichtsende nach höchstens acht Unter-

richtsstunden) erfüllt. Da es für die Eltern eine Wahlfreiheit der Ganztagschule geben soll, lehnt die ÖDP die verpflichtende gebundene Ganztagschule in allen Schularten ab.

Qualifikationsangebote in Kooperation nicht nur mit Naturschutzverbänden, Sportvereinen oder Musikschulen, sondern auch mit sozialen Einrichtungen und Trägern von Jugendarbeit sind wünschenswert. Wirtschaftsunternehmen sollen nur dann in die schulische Arbeit eingebunden werden, wenn keine einseitige Vereinnahmung der Lernenden erfolgt und eine kritische Auseinandersetzung möglich ist.

Die ÖDP hält eine stärkere Verflechtung zwischen beruflichem und allgemeinbildendem Schulwesen für notwendig. Sie befürwortet im Zusammenhang mit der regionalen Schulentwicklung die ausdrückliche Einbeziehung der beruflichen Bildungsmöglichkeiten. Nur so lässt sich der Bildungsbedarf erkennen, der der Infrastruktur einer Region entspricht und diese weiterbringt.

Eine wohnortnahe Vorbereitung auf möglichst viele Abschlüsse fördert die Chancengleichheit und die individuelle Bildung. Schulstandorte sollen, besonders im ländlichen Raum, in zumutbarer Erreichbarkeit erhalten bleiben. Wenn dies in der bisherigen Form nicht möglich ist, kann eine Schul- und Unterrichtsorganisation im Schulverbund, in der Gemeinschaftsschule, oder in jahrgangübergreifenden Klassen helfen, den Schulstandort erhalten.

Die ÖDP strebt außerdem eine Kommunikation zwischen den Schulbehörden und den von ihren Entscheidungen jeweils abhängigen Stellen an, die deren Planungssicherheit erhöht. Dazu gehört die Einhaltung von Fristen, die den Bedingungen vor Ort Rechnung trägt und vom Grundsatz der Rücksichtnahme bestimmt ist.

Die ÖDP fordert:

- Eine stärkere finanzpolitische Prioritätensetzung zugunsten der Bildung ohne die einseitige Bevorzugung einzelner Schularten.
- Die Wertschätzung der Bildungsarbeit durch eine angemessenere Bezahlung aller an der Bildung Beteiligten. Eine verlässliche Schulpolitik schließt kurzzeitige Entlassungen zum Beispiel über die Sommerferien aus.
- Qualifiziertes Personal in den Kindertagesstätten sowie Gruppengrößen von drei Kindern im Alter bis zu drei Jahren und bis maximal 15 Kindern im Alter über drei Jahren.
- Kindergartenpflicht im letzten Jahr vor Schuleintritt, damit Förderbedarf rechtzeitig vor Schuleintritt erkannt werden kann.
- Als Ergänzung zur Lernmittelfreiheit und zur kostenlosen Schulbildung eine kostenlose Schülerbeförderung als Ausdruck des Menschenrechts auf Bildung, ebenso Befreiung von den Gebühren für Kindertagesstätten im letzten Kindergartenjahr.
- Hinarbeiten auf eine bessere Vereinbarkeit der bundesweiten Schulsysteme,

- Eine stärkere Verflechtung von allgemeiner und beruflicher Bildung,
- Zur Ermöglichung eines begabungsgerechten Bildungsweges eine noch stärkere Durchlässigkeit zwischen den Schularten,
- Eine stärkere Berücksichtigung der Elternwünsche bezüglich G 9 als Standardform des Gymnasiums, denn gute Bildung braucht Zeit.
- Einen Klassenteiler von maximal 25 Schülern, unter schwierigen Bedingungen auch weniger,
- Einen garantierten Sportunterricht von mindestens drei Schulstunden pro Woche,
- Die Förderung durch musische Fächer,
- Die Entwicklung einer strukturell in der Unterrichtsorganisation verankerten Differenzierung bis hin zur Individualisierung der Bildung, die außerschulische und privat bezahlte Förderung (Nachhilfeunterricht) überflüssig werden lässt, ebenso die konsequente Ausstattung der Schulen für Inklusions- und Integrationsleistungen,
- Eine landeseinheitliche Ausstattung aller Schulen, besonders der beruflichen Schulen, mit sozialpädagogischem Personal und technischem Equipment,

- Als Ausdruck der Achtung vor der Kultur von Menschen mit Migrationshintergrund und als Faktor für die Stabilisierung einer demokratischen Kultur Religionsunterricht auch für Nichtchristen im öffentlichen Schulwesen,
- Eine vor allem an der gesellschaftlichen Herausforderung der Erhaltung der Lebensgrundlagen orientierte Förderung ökologischer Kompetenzen in allen Schularten,
- Eine Orientierung über Alternativen zum neoliberalen Wirtschaftsmodell, zum Beispiel über eine ökosoziale Marktwirtschaft, über Gemeinwohlökonomiekonzepte etc.,
- Im Unterricht eine verstärkte Betonung der Bedingungen für das Gelingen familiärer Beziehungen,
- Die Unabhängigkeit des Bildungssystems und -inhalts von Forderungen der Wirtschaft.

Wer ÖDP wählt, setzt sich für eine am Menschen und Werten orientierte Bildung ein.

Hochschulpolitik und Forschung

Verantwortlich forschen und lehren

Die Wissenschaft bildet als Teil der Kultur die geistige Grundlage unserer Gesellschaft. Daher spiegelt sich unsere gegenwärtige gesellschaftliche Situation auch in der Forschungslandschaft wider. Vermehrt werden große Teile der Ingenieur- und Naturwissenschaften darauf reduziert, möglichst rasch neue Technologien zur Verfügung zu stellen, auch dort, wo deren Einsatz fragwürdig oder gefährlich ist. Verkrustete Strukturen im Forschungs- und Lehrbetrieb und mangelnde Zusammenarbeit über die Grenzen der Disziplinen hinweg führen dazu, dass wissenschaftliche Lösungsvorschläge für die ökologische Krise nicht greifen.

Nötig sind eine Neustrukturierung der Forschungslandschaft und die ständige Begleitung aller Wissenschaftszweige durch eine kritische und unabhängige Ethikkommission. Besonders gefordert sind hier die Gesellschaftswissenschaften.

Wir wollen Abhängigkeiten der Forschung, insbesondere von der Rüstungsindustrie, offen legen und abbauen. Der Einfluss der industriellen Auftragsforschung muss streng kontrolliert werden. Den Universitäten muss durch Erhöhung der Sockelbeträge die finanzielle Unabhängigkeit zurückgegeben werden. Mit staatlichen Forschungsgeldern sollen umweltschonende Technologien gefördert werden. Dazu gehört auch die Förderung wirtschaftswissenschaftlicher Modelle, die den Wert der natürlichen Ressourcen in ihren Rechnungen berücksichtigen.

Die Forschung an menschlichen Embryonen und die gentechnische Veränderung menschlicher Keimbahnzellen sind ethisch nicht zu verantworten und müssen strikt verboten bleiben. Die Patentierung von Genen des Menschen lehnen wir ab, da sie mit der Menschenwürde unvereinbar ist. Absolut unzulässig ist die Chimärenbildung, das heißt die Verschmelzung von menschlichen und tierischen Zellen zur Erschaffung neuer Lebewesen. Auch die gentechnische Manipulation und Patentierung von Tieren und Pflanzen ist inakzeptabel.

Die Bildung an Universitäten ist nach der misslungenen Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge und des kompletten Wegfalls der breitgefächerten Diplomstudiengänge einer starken Regulierung unterworfen, die einer innovativen, kreativen, vielfältigen und umfassenden Forschung im Wege steht. Daher fordert die ÖDP eine Entschulung der Studienpläne, um mehr Forschungsfreiheit und eine breit angelegte Bildung der Studierenden zu ermöglichen.

Die ÖDP fordert:

- Das Erststudium muss von Studiengebühren befreit bleiben. Nur so ist gewährleistet, dass auch finanziell Schwächere ein Studium aufnehmen können.

- Für alle Studierenden müssen Veranstaltungen zu ethischen und ökologischen Themen verpflichtend sein.

- Für das Konzipieren neuer Technologien und Verfahrensweisen müssen staatliche Anreize dafür sorgen, dass diese weitgehend unter Einsatz regionaler Ressourcen gestaltet werden.

- Die Stellung der Fachhochschulen und Berufsakademien muss gestärkt werden. Sie müssen außerdem enger mit den Universitäten zusammen arbeiten.

- Die Studentenschaft soll wieder ein hochschul- und allgemeinpolitisches Mandat erhalten und dafür Mittel zugewiesen bekommen.

Wer ÖDP wählt, fördert eine ethisch orientierte und ökologisch verantwortlich handelnde Wissenschaft, die uns allen dient, und achtet auf die Freiheit von Forschung und Lehre!

Medienpolitik

Rote Karte für Menschenverachtung in den Medien

Seit Jahren wird das öffentlich-rechtliche Mediensystem von interessengeleiteten Spitzenpolitikern und profitorientierten Konzernen ausgehebelt. Nicht nur private Sender treiben das Programmangebot in eine Spirale der Niveausenkung.

Die Folgen sind extrem seichte, zynische und gewaltverherrlichende Angebote, ein Verlust der Qualität, Vielfalt und Ernsthaftigkeit von Informationen. Auch in Kinderkanälen sind die Inhalte vielfach nicht altersgerecht und von Gewalt und Konsumwerbung überfrachtet.

Viele Sendungen haben menschenverachtenden Charakter. Sowohl der gesamte Bildungsbereich als auch der kulturelle Freizeitbereich leiden darunter. Ein hemmungsloser Marktliberalismus im Mediensektor geht auf Kosten der seelischen Gesundheit von Kindern und Erwachsenen und leistet einem verschwenderischen und egozentrischen Lebensstil Vorschub.

Die ÖDP fordert:

- Eine Medienszensur darf nicht stattfinden. Missbrauch der Pressefreiheit im Sinne von Volksverhetzung, Rassismus, Gewaltverherrlichung, Pornographie, Blasphemie und dergleichen soll strafrechtlich verfolgt werden.

- Von Politik und Wirtschaft unabhängige öffentliche Hörfunk- und Fernsehanstalten.

- Aufklärungsarbeit in Kindergärten und Schulen über die Medien und ihre Wirkungen.

- Eine stärkere zielgerichtete Beratung der Eltern zum Beispiel bei Elternabenden, auch im Hinblick auf die Nutzung und Risiken des Internets.

- Den landesweiten Ausbau der leitungsgebundenen Breitbandtechnologie für das Internet.

- Eine stärkere demokratische Legitimierung der Rundfunkräte.

- Die Freihaltung von Kindergärten und Schulen von Beeinflussung durch Medienunternehmen.

- Verbot politischer Beeinflussung von Kindern durch kinderspezifische Medien.

- Die Werbung für den Körper und den Geist schädigende Rauschmittel im weitesten Sinne ist zu verbieten.

Wer ÖDP wählt, entscheidet sich für den Erhalt und die qualitative Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsystems ebenso wie für eine wirkungsvolle Medienaufsicht. Die Würde des Menschen muss auch gerade in den Medien gewahrt werden!

Finanzpolitik

Maßvoll mit unseren Steuergeldern umgehen

„Maß halten“ ist eine Maxime, die besonders im Umgang mit Steuergeldern zu gelten hat. „Das Handeln der Menschen heute muss den nachfolgenden Generationen so viel Freiheit lassen, dass auch sie zum Handeln noch fähig sind.“ (Hans Jonas, Philosoph). Die bisherige Finanzpolitik hat Bund, Länder und Kommunen, das heißt uns alle, in die Schuldenklaverei geführt. Jede/r Baden-Württemberger/in ist mit über 18 000 Euro belastet. Die Mittel, die für Schuldentilgung und Zinslasten benötigt werden, fehlen für soziale, ökologische und kulturelle Aufgaben. Wir müssen so schnell wie möglich von einer Finanzordnung loskommen, die privaten Reichtum bei einigen Wenigen vermehrt, Schulden bei öffentlichen und privaten Haushalten anhäuft und damit die Zahl der Armen erhöht.

Das Privatsponsoring öffentlicher Aufgaben wird zunehmend als Königsweg für schlanke Verwaltung propagiert. Damit begibt sich die öffentliche Hand in die Grauzone der Korruption, die Demokratie wird unterhöhlt.

Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik muss ein vollständiger Verzicht auf Netto-Neuverschuldung und letztlich ein kompletter Abbau aller Schulden sein. Sich in der heutigen Situation mit Großprojekten wie Stuttgart 21 oder der Karlsruher Kombilösung weiter zu verschulden, ist eindeutig ein falscher Weg.

Die ÖDP fordert:

- Eine Etatplanung, die die Ist-Einnahmen des Vorjahrs als Grundlage für die Einnahmen und Ausgaben des Folgejahrs nimmt. Der Haushalt muss ausgeglichen sein. Überschüsse sind grundsätzlich zur Schuldentilgung oder für einen Nachtragshaushalt zu verwenden. Neuschulden müssen die Ausnahme bleiben und sind nur in Notzeiten vertretbar.
- Einfache und transparente Steuergesetze ohne Ausnahmeregelungen.
- Zeitliche Begrenzung von Subventionen. Ihre Wirksamkeit muss immer wieder auf den Prüfstand.
- Die vom Landesrechnungshof ermittelten Verschwendungen von Steuergeldern müssen konsequent verfolgt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.
- Steuerbetrug und Steuerflucht sind konsequent zu ahnden.
- Das Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe muss über die Dauersubventionierung gestellt werden.

Wer ÖDP wählt, stemmt sich gegen die weitere Anhäufung von Schulden zu Lasten der kommenden Generationen!

Privatisierung

Kein Ausverkauf der Grundversorgung

Die zunehmende Privatisierung von öffentlichen Versorgungseinrichtungen führt zu einem erheblichen Verlust an Demokratie. Über Freihandelsabkommen soll der Privatisierung der Grundversorgung Tür und Tor geöffnet werden. Es ist die Pflicht von Bund, Ländern und Kommunen, für eine sichere Abdeckung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu sorgen und solche Abkommen zu verhindern.

Betriebe, die unmittelbar mit der Versorgung der Bevölkerung mit Energie, Wasser, Verkehr usw. beauftragt sind, dürfen nicht privatwirtschaftlich geführt werden, sonst werden Verluste auf die Allgemeinheit abgewälzt und Gewinne privatwirtschaftlich abgeschöpft.

Eine besonders abzulehnende Form der Privatisierung ist der Verkauf von öffentlichen Dienstleistungsbetrieben in ausländische Hände, weil solche Verkäufe die Öffentliche Hand politisch erpressbar machen.

Jeder Nutzer von öffentlichen Einrichtungen soll mit einem Grundpreis zu deren Infrastruktur beitragen und mit dem Arbeitspreis seiner persönlichen Nutzung angemessen belastet werden. Somit wird die Einsparung von lebensnotwendiger Energie und Wasser gefördert.

Versorgungsbetriebe müssen kostendeckend von der Solidargemeinschaft getragen werden.

Besonders negative Beispiele, auch im Hinblick auf Kundennähe, sind die Privatisierung von Post und die Teilprivatisierung der Bahn. Hier hat der Übergang in privatwirtschaftliche Unternehmen zu einem erheblichen Verlust an Qualität, Kundennähe und auch an Arbeitsplätzen geführt.

Die ÖDP fordert:

- Der Bund muss Mehrheitseigner der Bahn bleiben und bestimmenden Einfluss haben. Das Schienennetz muss unbedingt in staatlicher Hand bleiben. Hierfür muss sich das Land im Bundesrat einsetzen.
- Baldmöglichst staatlicher oder kommunaler Rückkauf von privatisierten Unternehmen der Grundversorgung.
- Privatisierte Unternehmen, die die Grundversorgung in den Bereichen Energie, Wasser und Gesundheitswesen übernommen haben, sind bis zum Rückkauf durch eine staatliche Regulierungsbehörde zu überwachen.

Wer ÖDP wählt, will den Ausverkauf öffentlicher Unternehmen stoppen!

Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Handwerk und Mittelstand stärken

Ein unbegrenztes Wirtschaftswachstum ist aus ökologischen Gründen nicht möglich. Der Druck zu ständiger Effizienzsteigerung führt zu fortschreitender Arbeitslosigkeit und Verarmung.

Dieser Zwang zum immerwährenden Wirtschaftswachstum muss von neuen Konzepten abgelöst werden. Ansätze hierzu sind in der Fachwelt bereits vorhanden.

Handwerk, Kleingewerbe und Mittelstand stellen insgesamt nicht nur mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze als Großkonzerne zur Verfügung, sondern zahlen auch mehr Steuern. Deshalb gilt das Hauptaugenmerk ökologisch-demokratischer Wirtschaftspolitik auch deren gezielter Förderung. So fordern wir übereinstimmend mit dem baden-württembergischen Handwerkstag einen verringerten Mehrwertsteuersatz auf arbeitsintensive Dienstleistungen. Die öffentliche Hand hat bei der Auftragsvergabe noch stärker auf mittelstandsgerechte Ausschreibungen zu achten.

Sichere Arbeitsplätze im Handwerk lassen sich unter anderem im Bereich der dezentralen und regenerativen Energieversorgung und in der Altbau-sanierung schaffen. Hierbei trägt das Handwerk in vorbildlicher Weise zum Klimaschutz und zur Reduzierung des Flächenverbrauchs bei.

Die Entwicklung zu immer mehr Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit muss gestoppt werden. Wir brauchen gemeinsame Ruhepausen, in denen wir Zeit haben für uns und unsere Familien und auch für die religiöse Sinnstiftung des Tages. Sonn- und Feiertagsarbeit muss wieder auf das unverzichtbare Maß an Dienstleistungen reduziert werden.

Die ÖDP fordert:

- Die zyklischen Schwankungen der Marktwirtschaft sollen nicht durch Leiharbeiter oder Entlassungen geglättet werden.

- Länder und Bund müssen Möglichkeiten schaffen, dass die in großem Umfang vorhandene Arbeit mit einer mindestens existenzsichernden Vergütung erledigt werden kann.

- Die Gleichstellung von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern mit der Stammbeschäftigung mit dem Ziel, Leiharbeit insgesamt zu reduzieren.

- Schaffung von zusätzlichen, dringend notwendigen Dienstleistungsstellen in Pflege, Nahverkehr, Landwirtschaft usw..

- Weitgehende Entlastung von Kleinselbstständigen zur Förderung von deren Eigeninitiative.

- Die Abschaffung der Zwangsmemberschaft von Gewerbetreibenden in Kammern und Verbänden.

- Sonn- und Feiertage sind als religiöse und gemeinsame Ruhetage weitgehend arbeits- und verkaufsfrei zu halten.

- Konsequente Beschäftigung und Integration von Menschen mit Behinderung in weitgehend allen Arbeitsbereichen.

- Wieder vermehrt Ausbildungsplätze auch in der Großindustrie, keine Möglichkeit des Freikaufs durch Ausbildungsplatzabgaben.

- Arbeitsplätze durch Sanierung von Verkehrsinfrastruktur.

- Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Förderung der Herstellung von reparaturfreundlichen Produkten.

Wer ÖDP wählt, kämpft auch dafür, dass der Sonntag wieder Sonntag wird!

Siedlungs- und Verkehrspolitik

Zwei Seiten einer Medaille#

Wirtschafts- und Siedlungsstrukturen in unserem gesamten Bundesland sind auf einen zunehmenden motorisierten Individualverkehr hin ausgerichtet. Arbeits- und Freizeitplätze befinden sich heute häufig weitab vom Wohnort. Die ständige Fortschreibung einer Förderpolitik zugunsten des Individualverkehrs hat zu einer Entwicklung geführt, die so nicht weitergehen kann. Der Energieverbrauch für die individuelle Mobilität verschwendet nicht nur unsere endlichen Energie- und Rohstoffressourcen, sondern belastet auch Umwelt und Klima. Wetterkatastrophen haben nach Anzahl und Ausmaß zugenommen.

Eine weitere Folge der individuellen Mobilität ist die Zersiedelung unserer Landschaft. Viel natürlicher Lebensraum wird verbraucht. Die versiegelten Flächen nehmen so zu, dass die künftig zu erwartenden Wetterkatastrophen vermehrt zu Überschwemmungen oder auch zu Austrocknungen führen werden.

Die Versorgung einer weitläufig zersiedelten Landschaft durch einen wirtschaftlich arbeitenden und flächendeckenden Nahverkehr ist unmöglich.

Das ÖDP-Verkehrsprogramm will erreichen, dass Zivilisation und Wohlstand nicht weiterhin mit steigenden Umwelt- und Gesundheitsgefahren erkauft werden.

Wir wollen eine weitere Zersiedelung verhindern. Die Integration von Städten und Dörfern in ihr ökologisches Umfeld sowie die Einschränkung des Landschaftsverbrauchs sind daher für uns vorrangige Ziele. Tagtäglich werden in Baden-Württemberg etwa 7 Hektar überbaut und damit versiegelt. Dies entspricht einer Fläche von über 3.500 Fußballfeldern pro Jahr. Unversiegelte Böden sind aber eine unersetzbare Lebensgrundlage.

Die ÖDP fordert:

- Verkehrsvermeidung durch kurze Wege. Zusammenführen von Wohnungen, Arbeitsstätten, Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten in Bau- und Sanierungsgebieten.

- Den Erhalt und die Schaffung von großzügigen Grünanlagen.

- Kooperation von Kommunen bei der Ausweisung von Gewerbegebieten.

- Renaturierung ungenutzter Verkehrsflächen.

- Kompakte Bauweisen in Terrassenform mit reicher Begrünung als Mustersiedlung.

- Gezielte Förderung von Altbausanierung.

- Sanierung und Nutzung leerstehender Industrieanlagen.

- Strikte Einhaltung der ökologischen und gesetzlichen Anforderungen bei Flächennutzungs- und Bebauungsplänen.

Personenverkehr und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Das Land muss mit der Entwicklung eines flächen-deckenden und zukunftsfähigen Bahnkonzepts neue Prioritäten in der Verkehrspolitik setzen (Netz 21 statt Stuttgart 21) und die Gelder dafür bereitstellen. Aufeinander abgestimmte Fahrpläne (integraler Taktverkehr, zum Beispiel nach dem Vorbild der Schweiz) sind dabei das Gebot wirtschaftlicher Vernunft.

Ein technologisch und kundenspezifisch optimiertes Bahnsystem schafft viele konjunkturunabhängige Arbeitsplätze. Hierzu gehört auch ein weitreichendes Spektrum an Dienstleistungsangeboten rund um den ÖPNV.

Die ÖDP fordert:

- Die Schiene muss im Stadt-, Nah- und Fernverkehr Verkehrs- und damit Siedlungsentwicklungsachse werden. Die Straße darf nicht länger ein Konkurrent der Schiene sein, sondern muss diese sinnvoll ergänzen.

- Dem Fußgänger- und Fahrradverkehr müssen in der Verkehrsplanung eigene und gleichrangige Wege angeboten werden. Dabei ist auch der Bau von Fahrrad-schnellwegen zu unterstützen.

- Die Bahncard muss in allen Verkehrsverbänden anerkannt werden.

- Die unterschiedlichen Verkehrsverbände müssen zu einem landesweiten Verkehrsverbund zusammengefasst werden

- An den Wochenenden muss das ÖPNV-Angebot bis in den späten Abend ausgeweitet werden, in den Ballungszentren ist auch ein täglich durchgehender Nachtverkehr zu prüfen.

- Baden-Württemberg darf auch bei Kostenexplosion nicht mehr als die bereits vom Land zugesagten Finanzmittel für Stuttgart 21 bereitstellen.

- Kostenlose Park- und Mitfahrssysteme müssen ausgebaut werden, eine freie Fahrradbeförderung im ÖPNV muss ausgebaut werden.

- Umsteigeknoten oder Vorortbahnhöfe müssen durch preiswerte Verpachtung an Gastronomie und Dienstleistungsunternehmen mit Verpflichtung zur Sauberhaltung zu attraktiven Treffpunkten werden.

- Straßenbahnverkehr muss mit dem Umlandschienenetz verknüpft werden (Beispiel Karlsruhe/Heilbronn/Freiburg).

- Das Konzept des Öko-Bahnhofs (optimale Verknüpfung Bahnverkehr/Busverkehr/Individualverkehr) muss landesweit zum Einsatz kommen.

- Eine allgemein bessere Verknüpfung von Bus- und Bahnverkehr.

- Starkes Drängen des Landes auf eine Folgeförderung des auslaufenden Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes.

Wer ÖDP wählt, setzt sich für ein leistungsfähiges öffentliches Verkehrsnetz ein!

Straßenverkehr

Wer über innere Sicherheit und moderne Mobilität spricht, darf den Straßenverkehr nicht außer Acht lassen: Allein im ersten Halbjahr 2014 starben auf Baden-Württembergs Straßen 219 Menschen, darunter zahlreiche Kinder.

In keinem Land Europas werden mehr Kinder Opfer von Verkehrsunfällen als in Deutschland, drei Viertel dieser Unfälle ereignen sich in geschlossenen Ortschaften.

Die ÖDP fordert:

- Erhöhung des Personalbestands der Verkehrspolizei.

- Deutlich stärkere Kontrollen gegen motorisiertes Rowdytum. Höhere Strafen für gefährliches Überholen, wesentlich zu schnelles Fahren oder zu dichtes Auffahren.

- Verbot von ablenkender, dynamischer Werbung an Straßen.

- Ausweitung von Tempo-30-Zonen und geschwindigkeitssenkenden Maßnahmen in Ortschaften.

- Fahrverbot als Regelstrafe bei groben Geschwindigkeits- und Abstandsverstößen.

- Engmaschige Überwachung der Lenk- und Ruhezeiten bei LKW und Bussen sowie häufigere Überprüfung der LKW-Fahrzeugsicherheit.

- Die Einführung eines Tempolimits von 130 km/h auf Autobahnen entsprechend der bereits geltenden Richtgeschwindigkeit.

- Mautausweitung auch auf Fernbusse und deren Beteiligung an den Kosten für den innerstädtischen Infrastrukturausbau von Busbahnhöfen.

- Förderung der Ausweitung von Elektrotankstellen und Umstellung des Fuhrparks der öffentlichen Verwaltung auf Elektrofahrzeuge und Pedelecs soweit möglich.

Wer ÖDP wählt, nimmt nicht mehr widerspruchslos Jahr für Jahr viele Tote und Verletzte als angeblich unvermeidlichen Preis für unsere Mobilität hin!

Güter- und Fernverkehr

Als Verbraucherinnen und Verbraucher sind wir alle aufgefordert, regionale Produkte zu kaufen und damit Güterfernverkehr weitestgehend zu reduzieren.

Die ÖDP fordert:

- Massengütertransporte (Bau- und Kraftstoffe sowie Getreide usw.) müssen vorrangig über die Bahn bzw. das Schiff erfolgen.

- Ein vertaktetes Huckepacksystem (für den LKW-Haus-zu-Haus-Verkehr) auf mehr Schienenstrecken.

- Unbedingten Erhalt auch der zurzeit ungenutzten Bahnflächen für zukünftige Bahnsysteme.

Wer ÖDP wählt, stimmt für ein engmaschiges Schienennetz und gegen teure Prestigeobjekte!

Energiepolitik

Energie umweltverträglich erzeugen - effektiv und sparsam nutzen

Die Veränderung des Weltklimas wird in den kommenden Jahrzehnten die Lebensgrundlagen von Mensch und Natur gefährden. Verantwortlich dafür sind im Wesentlichen Treibhausgasemissionen aus zivilisatorischen Wachstumsprozessen und eine ungezügelter Energieverschwendung.

Der Betrieb von Atomkraftwerken, die Wiederaufbereitung und vor allem die ungeklärte Endlagerung abgebrannter Brennstäbe bergen unkalkulierbare Risiken für unendlich lange Zeiträume und sind überdies auch mit CO₂-Emissionen verbunden. Außerdem verursacht der Uranabbau bei der im Abbaubereich lebenden Bevölkerung gesundheitliche Schäden und Todesfälle. Aus diesen Gründen lehnen wir die Nutzung der Atomenergie strikt ab.

Die Energiewende muss behutsam und konsequent weiter geführt werden. Insbesondere müssen Wärme- und Verkehrssektor stärker mit einbezogen werden.

Die Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft werden überwiegend auf Bundes- und EU-Ebene entschieden. Dennoch hat auch Baden-Württemberg als Bundesland zahlreiche Möglichkeiten und Verantwortung, energiepolitische Vorgaben entweder entsprechend umzusetzen oder gegebenenfalls selbst zu gestalten. Darüber hinaus kann das Land auf die Kommunen, auf den Bundesrat und auf die Öffentlichkeit insgesamt Einfluss nehmen.

Die ÖDP fordert:

- Die vorrangige Energiegewinnung aus regenerativen Quellen. Für eine Ausweitung von Flächen zur regenerativen Energiegewinnung, unter Berücksichtigung des Gesundheits- und Umweltschutzes.

- Ein Abbau von unberechtigten Wettbewerbsnachteilen für Stromspeicher und generelle Gleichberechtigung und Weiterentwicklung aller Maßnahmen zur Flexibilisierung von Stromangebot und Stromnachfrage in einem langfristig tragfähigen Strommarktdesign.

- Konsequente Energieeinsparung und die effektivere Nutzung aller Energieformen (z.B. durch Brennstoffzellentechnik, Niedrigenergiehäuser, ökologische Isolierung bestehender Gebäude, Nutzung von Biomasse und Biogas, Blockheizkraftwerke, bessere Antriebs- und Kühlmaschinen, effizientere Antriebskonzepte).

- Die öffentliche Hand soll ihren Energiebedarf vorzugsweise aus regenerativen Quellen decken und hinsichtlich Einsparung und effizienter Nutzung von Energie Vorbild sein, z.B. durch die verstärkte Nutzung der LED-Technik im Beleuchtungsbereich.

- Sofortige Abschaltung der Atomkraftwerke und deren Rückbau zum Schutz der baden-württembergischen Wirtschaft. Angemessene Haftpflichtversicherungen sind

abzuschließen. Die in der Verantwortung des Landes liegende Atomaufsicht muss konsequenter gegen Pannen und in Kauf genommen technische Risiken vorgehen bis hin zur Abschaltung der Anlagen.



Wer ÖDP wählt, befürwortet eine umweltfreundliche Energieversorgung, die genügend Spielraum für neue Konzepte und Techniken und somit neue Arbeitsplätze schafft!

Landwirtschaft

Ein Spannungsfeld von Ökologie und Ökonomie

Die ÖDP sieht, anders als die etablierten Parteien, in der Landwirtschaft das wichtigste produktive Gewerbe überhaupt und im Boden die Quelle aller Güter und Werte. Sie setzt sich ein für eine boden-, umwelt- und naturverträgliche Landwirtschaft, für ein möglichst breites Artenspektrum und für die Erhaltung altbewährter Pflanzensorten und Tierrasen.

Die ÖDP wehrt sich dagegen, dass der Energiebedarf unserer Gesellschaft zu Lasten von Grundnahrungsmitteln befriedigt wird.

Die industriemäßige Agrarproduktion – ob im Sozialismus als Kolchose oder im Kapitalismus unter modernem Management – handelt nach rein ökonomischen Grundsätzen ohne Rücksicht auf die Natur. Sie betreibt eine Verschwendung fossiler Energieträger und anderer nicht regenerierbarer Ressourcen, die in diesem Umfang nur noch wenige Jahrzehnte andauern kann.

Viele ignorieren sowohl die vielfältigen Gefahren, die von unsachgemäßer, oft auch übermäßiger Anwendung von synthetischen Düngemitteln, Bioziden und Antibiotika ausgehen, als auch die Risiken des Einsatzes von gentechnisch veränderten Organismen (GVO).

Der Mensch könnte auch mit weniger Rind, Schwein und Geflügel auskommen, er müsste aber ohne das unscheinbarste aller Nutztiere, nämlich die Biene, auf wesentliche Nahrungsbestandteile verzichten.

Die ÖDP fordert:

- Der bäuerliche Berufsstand und der ländliche Raum insgesamt sind aufzuwerten.

- Agrarförderung soll verstärkt der bäuerlichen, ökologischen Landwirtschaft, insbesondere den Klein- und Mittelbetrieben, zu Gute kommen.

- Ökologische Fruchtfolgesysteme sollen wiederhergestellt werden.

- Saat- und Pflanzgut, Ernteerzeugnisse, Futter- und Lebensmittel müssen absolut frei sein von gentechnischen Veränderungen.

- Eine kostenlose Öko-Beratung für die Verbraucher, kostenlose Schadstoffkontrollen ihrer Produkte für die Landwirte.

- Der Einsatz von Bioziden im Pflanzenbau und von Antibiotika in der Tierhaltung ist auf ein Minimum, zum Beispiel auf Notfälle, zu beschränken.

- Der Bienenschutz in seinen vielfältigen Aspekten ist zu stärken, unter anderem durch

- Verringerung und Ersatz von synthetischen Beiz-, Spritz- und Düngemitteln,
- Schutz von Biotopen wie Ackerrändern und Kleingehözen,
- Förderung des Anbaus von allgemein verträglichen Wildkräutern und Blühmischungen.

- Eine ökologisch ausgerichtete praxisorientierte Agrarforschung ist zu intensivieren, insbesondere auch im Blick auf standortangepasste Kulturpflanzen mit gegenwärtig geringem Flächenanteil.

- Ausbau des Grundwasser- und Bodenschutzes, insbesondere mit dem Ziel eines

- Verbots von Agrartechniken, die zu irreversiblen Bodenschädigungen führen
- Verbots von nicht artgerechter, Umwelt und Mensch schädigender Massentierhaltung

- sofortigen und vollständigen Verbots des Einsatzes von Glyphosat enthaltenden Herbiziden („Round-up“).



Innere Sicherheit und Justiz

Gewaltursachen bekämpfen - eine Aufgabe auch für die Gesellschaft

Über sein Gewaltmonopol ist der Staat verpflichtet, jede Person vor Kriminalität zu schützen. Unser Land bleibt auf dem Gebiet der inneren Sicherheit gefordert, vorrangig bei der Bekämpfung von Kriminalität. Diese ist in unserem Land erschreckend hoch und nimmt besonders bei Kindern und Jugendlichen überdurchschnittlich zu. Wegen der oft schweren und jahrelangen körperlichen und seelischen Schäden der Opfer ist der Gewaltkriminalität besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Die ÖDP fordert:

- Flächendeckend erhöhte Personalausstattung bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Gewaltkriminalität, der Korruption sowie der zunehmenden Computer- und Internetkriminalität.

- Verbesserung von Betreuung und Fürsorge von Kriminalitätsoffern.

- Besserer Schutz von Zeugen.

- Personelle Verstärkung der Polizei für die bessere Besetzung örtlicher Polizeidienststellen rund um die Uhr und für mehr Bürgernähe.

- Videoüberwachung an bestimmten Brennpunkten. Wir lehnen aber eine flächendeckende, insbesondere auch eine geheime Videoüberwachung konsequent ab.

- Für ein Leben ohne Gewalt sind politische Weichenstellungen vorzunehmen: in Erziehung, in Ausbildung und in den Medien. Nur die friedliche und kooperative Bewältigung von Konflikten schützt alle.

- Eine Strafrechtsreform ist durchzuführen, die Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit und gegen die sexuelle Selbstbestimmung deutlich härter bestraft als Eigentumsdelikte.

- Die Strafmündigkeit ist auf zwölf Jahre herabzusetzen. Jugendliche kriminelle Wiederholungstäter sind in geeigneten Einrichtungen zu resozialisieren.

- Kommunen muss das Recht eingeräumt werden, ein örtlich begrenztes und zeitlich befristetes Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen auszusprechen.

Wer ÖDP wählt, hilft mit, gegen organisierte Kriminalität wirksam anzugehen. Er setzt sich ein für eine neue Werteorientierung: weg von der Gewalt - hin zu friedlicher Konfliktlösung!

Jugend

Lebenswerte Perspektiven für Heranwachsende

Das Bild vieler Städte ist geprägt von zahlreichen Jugendlichen ohne Lebensperspektiven.

Ohne Beteiligung der Jugend wird Baden-Württemberg ein Land ohne Zukunft werden. Um Kindern und Jugendlichen bessere Perspektiven zu bieten, ist Offenheit der Älteren gegenüber den Jüngeren ein wichtiges Gebot. Vielfältige Beziehungen und der Austausch zwischen den Generationen sind für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft notwendig.

In der heutigen Gesellschaft muss die Politik deshalb ihre Verantwortung gegenüber der Jugend wahrnehmen. Generationen verbindende Jugendarbeit ist eine ganz wesentliche Aufgabe der Politik. Perspektivlosigkeit erzeugt Frust.

Die ÖDP fordert:

- Die Übertragung von gesellschaftlichen Aufgaben an Jugendliche, zum Beispiel die verantwortliche Einbindung in Polizei, Feuerwehr und soziale Dienste.

- Die Anhebung des Ansehens von Schulabschlüssen neben dem Abitur.

- Die gesellschaftliche Aufwertung auch von nichtakademischen Berufen, zum Beispiel von Handwerks- oder Pflegeberufen, im Hinblick auf das soziale Gleichgewicht der Gesellschaft.

- Eine verstärkte Kontrolle der Schulpflicht.

- Eine Reduzierung der Jugendliche vereinnehmenden Werbung.

- Verbot von Herstellung, Vertrieb und Besitz von „Killerspielen“ jeder Art.

Wer ÖDP wählt, tritt ein für zukunftsfähige Beziehungen zwischen Jugend und sozialem Umfeld!

Senioren

Lebensleistung würdigen - Erfahrungsschätze nutzen

Ein immer größerer Anteil unserer Bevölkerung ist aufgrund des Alters aus dem aktiven Erwerbsleben ausgeschieden. Auch gelangen immer mehr Menschen in ein sehr hohes Alter. Da gleichzeitig die jüngeren Jahrgänge zahlenmäßig abnehmen, ist dies inzwischen zu einem brennenden gesellschaftspolitischen Problem geworden. Immer weniger Erwerbstätige haben in den nächsten Jahrzehnten immer mehr Rentner und Pensionäre zu versorgen.

Die ältere Generation verfügt über einen reichen Erfahrungsschatz, der der ganzen Gesellschaft zu Gute kommen sollte. Diesen Schatz zu bergen und nicht achtlos verloren gehen zu lassen, ist eine wichtige Aufgabe des Staates.

Durch vielfach fehlende seniorengerechte Angebote werden immer mehr Senioren zusehends in die Isolierung gedrängt. Durch die zunehmende Altersarmut wird dieses Problem noch verschärft.

Die Erziehungs- und Lebensleistung von Müttern, Vätern und Großeltern wird nicht ausreichend wahrgenommen und gewürdigt.

Die ÖDP fordert:

- Die Würde des Menschen muss unabhängig vom Alter gesehen werden.

- Es darf keine sprachlichen oder technologischen Ausgrenzungen von Senioren geben.

- Im Verkehrsbereich und bei der Infrastruktur ist auf die Bedürfnisse der Senioren besondere Rücksicht zu nehmen.

- Senioren sollen möglichst lange in der gewohnten Umgebung oder im Familienverband leben können. Zur Stärkung des Familienzusammenhalts, auch im Hinblick auf eine spätere Pflege der Senioren durch eigene Kinder, sind entsprechende Bemühungen zu verstärken.

- Bei der Kranken- und Altenpflege ist ein hohes Qualitätsniveau sicherstellen.

- Unterstützende Angebote im alltäglichen Bereich (zum Beispiel Nachbarschaftshilfe) müssen ausgeweitet, gefördert und abgesichert werden.

- Öffentliche Veranstaltungen sollen nach Möglichkeit für alle Altersgruppen angeboten und zugänglich gestaltet werden.

- Neue Formen der altersgerechten Mobilität müssen entwickelt werden.

- Eine Erweiterung des Angebots an Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen.

Wer ÖDP wählt, setzt sich für ein lebenswertes Leben auch im Seniorenalter ein!

Menschen mit Behinderung

Einbinden statt Ausgrenzen

Eine Gesellschaft muss sich auch daran messen lassen, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht. Zu diesen zählen neben den Kindern und alten Menschen auch die Menschen mit Behinderung. Trotz und auch wegen der vielfältigen Möglichkeiten der heutigen Medizin gibt es oder entstehen Behinderungen in allen Altersstufen. Die Öffentlichkeit muss für die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben Sorge tragen, so dass alle behinderten Menschen ihren Alltag möglichst problemlos und weitgehend selbstbestimmt bewältigen können.

Dabei ist auch zu beachten, dass nicht jeder technische Fortschritt, zum Beispiel Automation, den Menschen mit Behinderung nützt.

Die ÖDP fordert:

- Öffentliche Bereiche müssen ausnahmslos behindertengerecht sein. Dazu gehören auch die Bahn, der ÖPNV und ihre Zugangsbereiche.

- Weiterentwicklungen technischer Hilfsmittel müssen konsequent eingesetzt und zur Verfügung gestellt werden.

- Die Schaffung von mehr behindertengerechten Arbeitsplätzen und die weitgehende Einschränkung der Möglichkeit, sich von der Beschäftigung Behinderter gegen Ausgleichszahlungen befreien zu lassen.

- In Kindergärten, Schulen und Bildungseinrichtungen sollten behinderte und nicht behinderte Menschen soweit wie möglich gemeinsam und gleichberechtigt erzogen werden und miteinander sowie voneinander lernen. Diese Inklusion ist wissenschaftlich zu begleiten. Notwendige Umbauten und personeller Mehraufwand bei diesen Einrichtungen sind vom Land zu übernehmen.

- Keine wie auch immer geartete nachteilige Behandlung von Menschen, die ihre Bedürfnisse und Wünsche nicht selbst ausdrücken können.

Wer ÖDP wählt, wählt eine konsequente Einbindung von Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft!

Integration

Kulturelle Vielfalt in einer starken und wertebewussten Demokratie

Die durch Mitbürger mit Migrationshintergrund entstandene kulturelle Vielfalt bereichert das Leben unseres Landes. Für ein reibungsloses Zusammenleben auf der Grundlage unserer Verfassung und Gesetzgebung ist eine weitreichende Integration zwingend notwendig, die allerdings nur bei allseitiger Beteiligung gelingt. Damit wird Feindseligkeiten gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund der Boden entzogen.

Die ÖDP fordert:

- Die Grundrechte, wie sie im deutschen Grundgesetz niedergelegt sind, müssen vermittelt und gelebt werden. Dazu gehören auch das Werben für unsere Wertegesellschaft, das Bewusstmachen von persönlichen Rechten und Pflichten sowie die Anforderung zur Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben.

- Integration muss im Kindesalter beginnen und ist insbesondere eine Aufgabe der Eltern, aber auch der Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen.

- Religionsunterricht wird nur durch staatlich anerkanntes Fachpersonal in den Räumlichkeiten der Schulen und in deutscher Sprache erteilt.

- Netzwerke sowie Initiativen zur Integration sind zu fördern.

- Regionale und kommunale Planung und Bebauung sind integrationsfreundlich durchzuführen.

- Das Wissen und die Erfahrung der Mitbürger mit Migrationshintergrund sind als Basis für interkulturelle Verständigung und Akzeptanz zu nutzen.

Wer ÖDP wählt, überlässt die Integration nicht dem Zufall, sondern gestaltet sie!



Zuwanderung

Eine globalisierte Welt ist ständig in Bewegung

In unserer Welt ist die Zu- und Abwanderung von Menschen über Staatsgrenzen hinweg eine Normalität. Die Gründe dafür sind einmal die Suche nach einer persönlichen oder familiären wirtschaftlichen Verbesserung, die Vertreibung aus Regionen und Staaten oder die Flucht vor Krieg und Terror. Geschehen diese Wanderungen global, so entsteht dadurch zwangsläufig auch eine Vermischung von Kulturen. Der dadurch möglichen Entstehung von Konflikten muss rechtzeitig vorgebeugt werden. Kulturen definieren sich durch gemeinsame Werte, ein gemeinsames Rechtsverständnis und teilweise auch durch eigenständige Religion und Menschenrechte. Die Wahl des Zuwanderungslands Deutschland bedeutet allerdings die Akzeptanz eines vorhandenen Wertegerüsts, eines verfassten Rechtswesens und besonders der Menschenrechte. Darin sehen wir eine grundlegende Bedingung für die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit.

Die ÖDP fordert:

- Das Asylrecht darf nicht angetastet werden.

- Für Zuwanderung müssen klare Richtlinien entwickelt werden.

- Wirtschaftliche Notstände als Zuwanderungsgrund sind auszuschließen.

- Die Asylpolitik muss auf europäischer Ebene neu geordnet werden.

- Schnellere Bearbeitung der Asylanträge und somit schnellerer Zugang zur Arbeit.

- Integration beginnt mit dem Erlernen von Sprache und Schrift. Sie erfolgt durch Erlernen und Akzeptanz des bestehenden Werte- und Rechtsverständnisses.

- Eine gleichberechtigte Behandlung aller Bevölkerungsgruppen, vorrangig im sozialen Bereich, ist sicherzustellen.

- Die personelle und finanzielle Ausstattung von Ämtern sowie öffentlichen und sozialen Einrichtungen ist an den aktuellen Bedarf anzupassen.

Wer ÖDP wählt, sorgt dafür, dass unter Wahrung des Asylrechts die Interessen von Zuwanderern und ansässiger Bevölkerung zum Ausgleich kommen können!

Politischer Extremismus

Den Anfängen wehren

Die ÖDP lehnt jede Form von politischem Extremismus konsequent ab. Wir erkennen aber auch, dass diese Tendenz der Politik häufig durch eine massive politische Enttäuschung entsteht. Deshalb muss die Politik dringend versuchen, die Ursachen des Extremismus festzustellen und diesem entgegen zu treten.

Die Abwehr von politischem Extremismus darf nicht zur Beschneidung von Persönlichkeitsrechten führen, Demonstrationsfreiheit, Schutz der Persönlichkeit und der Wohnung sowie das Recht auf Widerstand müssen erhalten bleiben.

Auch bei den etablierten Parteien erkennt die ÖDP eine zunehmende Tendenz zu einem undemokratischen Politikstil. Hierzu gehört zum Beispiel der willkürliche Umgang mit unserer Verfassung und mit bestehenden Gesetzen.

Die ÖDP fordert:

- Politische Entscheidungen müssen transparent und konsequent gesetzes- und verfassungskonform sein.

- Es muss erkannt werden, dass extremistische Politik nicht nur von links und rechts kommt. Auch die Politik der so genannten „Mitte“ muss kritisch beobachtet werden.

- Eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen von politischem Extremismus.

- Eine kritische und mutige Auseinandersetzung mit Regierungen, die das Völkerrecht missachten.

- Politiker, die mit konkreter Gewalt vorgehen oder diese auch nur androhen, müssen konsequent zur Rechenschaft gezogen werden.

Wer ÖDP wählt, wählt eine inhaltliche und frühzeitige Auseinandersetzung mit dem Ziel, den Ursachen des Extremismus die Grundlagen zu entziehen!

Mobilfunk

Für einen gesundheitsverträglicheren Mobilfunk

Mobilfunktechnologien gehören weitgehend zum gesellschaftlichen Alltag. Viele wissenschaftliche Arbeiten weisen allerdings nach, dass die Strahlen des Mobilfunks Gesundheitsschäden verursachen. Auch die Bundesärztekammer und das Bundesamt für Strahlenschutz warnen vor der Strahlung der Mobilfunkgeräte. So seien insbesondere Kinder von diesen Geräten fernzuhalten, weil Schäden am Erbgut nicht auszuschließen seien.

Neben Handys und Smartphones stellen auch die schnurlosen Heimtelefone (DECT-Technik) und WLAN-Verbindungen wegen der kontinuierlichen Strahlung Gefährdungspotenziale dar. Insbesondere empfindliche Gruppen (Kinder, Schwangere und Elektrosensible) müssen geschützt werden.

Die ÖDP fordert:

- Leitungsgebundene Übertragungstechnik soll ausgebaut und bestehende Netze müssen technisch optimiert werden.

- Eine Bewusstmachung der Gefahren des Mobilfunks auch schon in der Schule.

- Eine sofortige Senkung der Strahlen-Grenzwerte soweit technisch möglich.

- Keine Mobilfunkantennen in reinen Wohngebieten sowie in der Umgebung von Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern.

- Die Landesbauordnung ist so abzuändern, dass auch für die Errichtung oder Änderung von Antennen eine Baugenehmigung notwendig ist, auch wenn diese niedriger als zehn Meter sind.

- Strahlungskataster müssen angelegt und öffentlich zugänglich gemacht werden.

- Die Erforschung risikoarmer Telekommunikationstechniken soll gefördert werden.

- Trennung der Mobilfunkübertragung in eine In- und Outdoor-Versorgung und damit Absenkung der benötigten Sendeleistung.

Wer ÖDP wählt, wählt eine Politik, die neue Technologien erst nach dem Nachweis gesundheitlicher Unbedenklichkeit akzeptiert!

Epilog

Wie notwendig die Bewahrung unserer natürlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen ist, haben die etablierten Parteien immer noch nicht begriffen. Deren Politik erschöpft sich in der Symptombekämpfung und in wohlklingenden Absichtserklärungen.

Dieser kurzsichtigen Strategie setzt die ÖDP eine Politik entgegen, die an den Ursachen der Probleme ansetzt und sich an ethischen Wertmaßstäben orientiert, wie sie zum Beispiel im christlichen Glauben zum Ausdruck kommen. Ehrfurcht vor dem Leben, Ehrlichkeit, Verbindlichkeit und Maßhalten in allen Bereichen sind Werte, die auch in der baden-württembergischen Landespolitik wieder stärker zur Geltung kommen müssen.

Deshalb unterstützen Sie die ÖDP mit Ihrer Stimme!

Ihre Stimme verändert!

*Bildnachweis:
Karikaturen
Horst
Haitzinger*

Spendenaufruf

ÖDP unterstützen – saubere Politik fördern.

Die ÖDP tritt für eine saubere und faire Demokratie ein und verzichtet auf Firmenspenden. Dadurch erhalten wir unsere Unabhängigkeit und verhindern den Einfluss von einzelnen Großspendern auf die politische Willensbildung. Wenn auch Sie unser Engagement und unser Programm befürworten, unterstützen Sie uns bitte mit einer einmaligen – oder mehrmaligen – Spende für eine lebenswerte ökologische und demokratische Zukunft. Für Ihre Spende erhalten Sie selbstverständlich eine Bescheinigung für das Finanzamt.

ÖDP-Landesverband Baden-Württemberg
Spendenkonto:
UmweltBank Nürnberg (BIC: UMWEDE7N)
IBAN: DE34 7603 5000 0001 5035 37

Vielen Dank für Ihre Spende!

Hinweis:

Spenden an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrer Steuererklärung bekommen Sie bis zur Gesamtspende von 1 650 Euro (bei Verheirateten bis 3 300 Euro) 50 % der Spende vom Finanzamt zurückerstattet. (§ 34 g EStG.) Übersteigt Ihre Spende die oben genannte Grenze, so erhalten Sie für diesen darüberhinausgehenden Betrag eine Steuererstattung gemäß ihrem persönlichen Steuersatz (§ 10b EStG.)

ödp



**Entschlossen
statt verdrossen.**

Leben mit Zukunft.

Kostenloser ÖDP-Infoservice:

- Landespolitisches Programm**
- Stopp TTIP
- Demokratie direkt!
- Christen und Ökologie
- Atomausstieg sofort!
- Lebensrecht
- Elektrosmog?
- Biologische Vielfalt schützen
- Erziehungsgehalt
- Landwirtschaft
- Alter und Pflege
- Anders wirtschaften
- Tierschutz
- ÖDP oder Grüne?
- Asyl ist Menschenrecht

- Probexemplar der Mitglieder-Zeitschrift:
ÖkologiePolitik

Ich möchte ÖDP-Mitglied werden:

- Schnupper-Mitgliedschaft
- aktiv
- fördernd

**Weitere Informationen
finden Sie auch im Internet unter
www.oedp-bw.de**

**Senden Sie das Informationsmaterial auch meinen
Freunden/Bekanntem an folgende Adresse.**

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Kostenloser ÖDP-Infoservice:

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Bitte
mit 0,45 €
frankieren!

Antwort

**ÖDP-Landesgeschäftsstelle
Baden-Württemberg
Bismarckplatz 4**

70197 Stuttgart

ÖDP-Landesgeschäftsstelle Baden-Württemberg
Bismarckplatz 4 | 70197 Stuttgart

Fon 0711/63 64 64 4 | Fax 0711/63 63 000
info@oedp-bw.de | www.oedp-bw.de

Leben mit Zukunft.

ödp